



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR
INNERES
Dr. Caspar EINEM

A-1014 Wien, Herrngasse 7
Tel. (+43)-1-53 126/2452
Telefax-Nr. 53 126-22 40
DVR: 0000051

Zahl: 0117/881-II/4/95

Wien, am 17. August 1995

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 WIEN

XIX. GP-NR
1492 /AB
1995-08-23

ZU 1438 /B

Die Abgeordneten Dr. LACKNER, PLATTER und Kollegen haben am 23. Juni 1995 unter der Nr. 1438/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Personalstand des Gendarmeriepostens Dölsach in Osttirol" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Ist Ihnen bekannt, daß die Exekutive im Bezirk Osttirol derzeit mit 4 Beamten unter dem Stand arbeitet?
2. Wie gedenken Sie, diese für das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Osttirols nachteilige Situation zu bereinigen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine zunehmende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in Osttirol zu verhindern, angesichts der derzeit infolge des Wegfalls der EU-Grenzen bereits nachweisbar sensibleren sicherheitsdienstlichen Situation?
4. Werden Sie tatsächlich den Personalstand des GP Dölsach absystemisieren?

Wenn ja, wie begründen Sie diese Maßnahme vor einer Bevölkerung, die begründete Angst vor einer zunehmenden Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit empfindet?

5. Welche Gründe bewegen Sie grundsätzlich dazu, den Personalstand der Exekutive in Osttirol abzubauen?

6. Werden Sie den begreiflichen Wunsch der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden erfüllen und im Interesse der öffentlichen Sicherheit dieser Überwachungsregion von der Personalreduzierung am GP Dölsach absehen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Ja.

Zu Frage 2: Da auch die in Ausbildung befindlichen Beamten Planstellen des LGK besetzen, ist ein gewisser Personalfehlstand nicht zu vermeiden.

Nach den mir vorliegenden Unterlagen ist jedoch der Bezirk Lienz sowohl was den personellen Unterstand als auch die Sicherheitsverhältnisse allgemein betrifft, in einer besseren Situation als viele andere Bezirke Tirols. Eine Notwendigkeit für eine "Bereinigung" der Situation ist daher nicht gegeben.

Zu Frage 3 bis 5: Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben sich zwar Änderungen hinsichtlich der zollrechtlichen Maßnahmen, vorerst jedoch nicht hinsichtlich der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung ergeben.

Für den Fall, daß die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen - insbesondere nach Italien - wegfallen, werden seitens meines Ressorts bereits Überlegungen angestellt, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen zu setzen.

Laut Beschluß der Bundesregierung, der auch im Bundesfinanzgesetz 1995 seinen Niederschlag gefunden hat, war die Anzahl der Planstellen im Jahr 1995 um 1 % zu verringern. Aus diesem Grund mußten beim Landesgendarmeriekommando für Tirol 12 Planstellen für Gendarmeriebeamte eingespart werden.

In diesem Zusammenhang wurde aufgrund des Arbeitsanfalles, der Arbeitsbelastung und der Nähe zum Bezirksposten Lienz der GP Dölsach um eine Planstelle absystemisiert. Durch die Absystemisierung einer Planstelle des Gendarmeriepostens Dölsach wird es meiner Überzeugung nach zu keiner wie auch immer gearteten Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in Osttirol kommen, wie dies von den Anfragestellten durch die Fragestellung unterstellt wird.

Zu Frage 6: Nein.

Dem verständlichen Wunsch der Bevölkerung Osttirols, die öffentliche Sicherheit gewährleistet zu wissen, wurde durch die verantwortungsvolle Vorbereitung der Maßnahme Rechnung getragen. Wie bereits ausgeführt, wurde bei der Umsetzung des durch das Koalitionsübereinkommen vorgegebenen Sparzieles überlegt und professionell vorgegangen. Ich ersuche aber um Verständnis, daß die bereits erwähnte Planstellenreduktion zur Erreichung des von der Bundesregierung vorgegebenen Sparzieles zwingend vorzunehmen war und dabei auch unter Berücksichtigung der Arbeitsbelastung der anderen Bereiche der Bezirk Lienz nicht ausgeschlossen werden konnte.

